

Sennegemeinde Hövelhof
Der Bürgermeister

Sperrfrist: 03.11.2016, 19.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, verehrte Damen und Herren!

„Die kleine Kapelle, sie weist und den Weg, in unsere Heimat, die niemals vergeht. Die Menschen der Senne, im Glauben vereint, mit der kleinen Kapelle die Sonne wieder scheint“
Auf dem Deckel des Haushaltsplanes für das Jahr 2017 ist sie abgebildet: Die neue Hövelsenner Kapelle am Rande des Truppenübungsplatzes Senne! Sie ist Sinnbild für Geschichte, Glauben, Vertreibung, Heimatgefühl, harter Arbeit und ehrenamtlichen Engagement in Hövelhof! Sie steht für unseren Ortsteil Hövelsenne, der derzeit nur noch auf sehr kleinem Gebiet bewohnbar ist, da die Ausdehnung des Truppenübungsplatzes nach dem zweiten Weltkrieg für die Zerstörung der Wohnhäuser und letztlich auch der Kirche sorgte. Sie steht für die Menschen, die Hövelhof gründeten und urbar machten. Schließlich war es nicht die heutige Ortsmitte, sondern das Neue-Dorf, das am Krollbach entlang bis in die Senne hinein als erstes besiedelt wurde. Bauernsöhne aus dem Delbrücker Land wurden in die teils trockene, teils sumpfige Wüste geschickt, um aus dem unfruchtbaren Land ein wenig Ertrag herauszuholen. Harte Arbeit, karger Lohn: Diese Attribute haben die Bevölkerung Hövelhofs geprägt und vielleicht auch etwas zäher gemacht. Hier in Hövelhof kämpft man für seine Ziele und lässt sich nicht unterkriegen. Weder von der höherrangigen Bundes- und Landespolitik, noch von übergeordneten Behörden, die uns den Erfolg neiden und uns die Erträge wieder entziehen. Wir werden daher auch in Zukunft vereint darum kämpfen, unseren speziellen Hövelhofer Weg zu gehen, um die Sonne über Hövelhof scheinen zu lassen.

Die Erträge unserer Arbeit sind im Haushaltsplan 2017 deutlich ablesbar: **11,2 Millionen Euro beträgt der Gewerbesteueransatz** für das kommende Jahr. Ein planerischer Rekordansatz in der Geschichte Hövelhofs, wobei wir in diesem Jahr nach derzeitigem Stand dank hoher Nachzahlungen sogar mit 13 Millionen Euro rechnen können. Keine andere Kommune dürfte im Kreis Paderborn pro Kopf besser liegen. Und dies obwohl wir weder den durchschnittlichen Satz in NRW (442 %) noch den fiktiven Hebesatz (417 %) ausnutzen. **In Hövelhof bleibt es bei 411 %!** Wir verzichten somit auf Mehrerträge von 163.504 Euro gegenüber den fiktiven Hebesätzen bzw. sogar 844.769 Euro gegenüber den Durchschnittsätzen in NRW! Dies ist gewerbefreundliche Wirtschaftspolitik! Ein Blick auf die NRW-Karte zeigt im Übrigen, dass gerade Kommunen mit geringen Hebesätzen am meisten von den absoluten Gewerbesteuereinnahmen profitieren. Höhere Sätze führen zur Abwanderung oder anderer Zerlegung zugunsten weiterer Standorte. Wir haben bei der Vermarktung der Gewerbegrundstücke im Schierbusch und beim „Sprung über den Hallerbach“ auf das richtige Pferd gesetzt und Firmen mit hohem Arbeitsplatz- und Gewinnpotential den Vorrang

ingeräumt. Dieser konsequente Weg zahlt sich somit aus. Die Zahl der Arbeitsplätze ist bis heute auf rund 5.500 hochgeschwungen (Tendenz weiter steigend). Das sind rd. 900 mehr als noch 2011. Dies bedeutet eine Steigerung von fast 20 % in vier Jahren. Seit 2005 konnten sogar rd. 1.500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies sind 37,5 % Steigerung! Hövelhofs Arbeitslosenquote liegt konstant bei 3,5 %! Wir haben quasi Vollbeschäftigung.

Die Ablehnung weiteren Entwicklungspotentials in Hövelhof durch die Landesregierung bleibt nach wie vor völlig unverständlich. Der neue Landesentwicklungsplan verschärft die Situation hier unnötigerweise zusätzlich. NRW ist auf den letzten Platz bei der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland abgerutscht und würgt Kommunen wie Hövelhof, in denen „die Post abgeht“ regelgerecht ab! Dümmer geht es nicht mehr! Stattdessen möchte man in unserer Region lieber wieder den Wolf ansiedeln und uns die alten Märchen vom „Rotkäppchen“ und dem „Wolf und die sieben Geißlein“ wieder aufzischen. Wir wollen hier keinen Schafe reißenden Wölfe sondern gesunde Heidschnucken, die unsere Senne weiter pflegen. Wir müssen daher wieder einmal, wie die alten Senner um unsere Gebiete kämpfen. Unsere Heimat darf niemals in die Hände des Umweltministers fallen!

Ich werde, und das darf ich Ihnen versprechen, so lange ich kann weiterhin für das bislang abgelehnte Gewerbegebiet an der Hövelriege Straße kämpfen. Wir brauchen die Erweiterungsflächen für unsere Gewerbebetriebe hier vor Ort und nicht auf irgendwelchen Großflächen im Kreisgebiet. Gewerbebetriebe müssen Teil der Gesellschaft bleiben: Sie bieten Arbeitsplätze mit kurzen Wegen, sie engagieren sich für das Ehrenamt, sie stellen unsere Feuerwehrkräfte für die Einsätze frei und sorgen dafür, dass wir uns selbst finanzieren können und nicht auf Schlüsselzuweisungen des Landes angewiesen sind. Die aktuelle Schnapsidee, die Gewerbepolitik in die Hände des Kreises zu legen, um drei interkommunale Gebiete im Kreis Paderborn festzulegen, ist daher als realitätsfremder Schwachsinn einzuordnen. Das ganze gleicht ein wenig dem LPG-Gedanken der früheren DDR: Große Einheiten in staatlicher Hand sollen mehr Ertrag abwerfen. Doch: Der Sozialismus ist bisher noch immer gescheitert! Wir können nur hoffen, dass die Verbrüderung mit den SED-Nachfolger im kommenden Jahr dieser These nicht noch zusätzliche Nahrung in Land und Bund geben. Wir in Hövelhof erinnern mit dem Mauerdenkmal in Riege an die diktatorische Schreckensherrschaft des DDR-Unrechtstaates und wählen nach wie vor lieber die Freiheit! Ich hoffe daher, dass wir nach den Landtagswahlen im Mai das von den Verfassungsvätern garantierte Selbstverwaltungsrecht zurückbekommen. Wir möchten auch zukünftig unser vorhandenes Potential sinnvoll nutzen.

Solange haben uns jedoch den derzeitigen Gegebenheiten zu fügen. Mit dem interkommunalen Gewerbegebiet in Stukenbrock-Senne haben wir eine Zwischenlösung gefunden, um zumindest auswärtigen Anfragen nachkommen zu können. Leider sind auch hier die Störfeuer der Umweltverbände wieder in vollem Gange. Während die Kommunen ihre Hausaufgaben gemacht haben und die GmbH auf dem Wege ist, sorgt eine Vielzahl von Einwendungen der Umweltverbände derzeit wieder einmal für unnötige zeitliche Verzögerungen. Man möchte nicht, dass es statt eines Nationalpark Sennes zu einem Gewerbepark Senne kommt. Es ist ohnehin ein Treppenwitz, dass diesen Gruppierungen in NRW mit dem neuen Naturschutzgesetz so viele Rechte eingeräumt werden, während diejenigen, die diese Verbände mit ihren Steuern finanzieren, kein Klagerecht haben.

Das wäre das gleiche, als wenn die Musikerverbände ein Klagerecht bei jedem Vogelpfeifkonzert bekämen, nur weil der zuständige Minister Stehgeiger ist. Das unmittelbare Klagerecht von NABU, BUND und sonstigen selbst ernannten Experten muss dringend

wieder zurückgenommen werden. Ideologische Weisheiten hemmen die Entwicklung unseres Landes und sorgen dafür, dass unser Land Schlusslicht in Deutschland ist. In der Bundesliga wechselt jeder Verein bei Abstiegsgefahr den Trainer.

Die Grundsteuereinnahmen steigen auf nunmehr 2.380.000 Euro, obwohl unser Hebesatz hier mit 413% sogar noch deutlicher unter dem fiktiven Hebesatz des Landes liegt, der 429 % beträgt. Denn: Die Nachfrage nach Bauland in Hövelhof ist derzeit extrem hoch. Es ist nicht mehr die Großstadt, die ihren Reiz auf die jüngere Generation ausübt, es ist Hövelhof: Die jungen Menschen wollen wieder hier vor Ort bleiben. Hier ist ihre Heimat, hier finden sie einen Arbeitsplatz, hier wollen sie sich gesellschaftlich einbringen. Dieser Trend hat sich in den letzten 10 Jahren komplett gedreht. Noch bei der Ausweisung der Baugebiete am Grünen Weg mussten wir werben. Beim neuen Baugebiet an der Staumühler Straße waren ohne jegliche Werbung mehr als 120 Anfragen für die 35 gemeindlichen Bauplätzen zu verzeichnen. Es war absolut richtig, hier traditionelle Ein- und Zweifamilienhäuser ohne Zwangsrestriktionen für junge Familien anzubieten und damit eine homogene Wohnkultur zu schaffen. Genau dies wünschen sich die jungen Familien! Gleichzeitig schießen im Ortskern an mehreren Stellen Mehrfamilienhäuser wie Pilze aus dem Boden. Gerade ältere Menschen suchen die innerörtliche Lage, um nah an der Versorgung mit Einzelhandel und Ärzten zu sein. Eigenheime im Grünen werden aufgegeben und der nächsten Generation zu überlassen. Ein neuer Trend, dem wir mit großzügigen Bauleitplanungen ebenfalls Rechnung getragen haben.

Die hohe Nachfrage ist natürlich zu einem äußerst positiv, zum anderen jedoch ein dringender Appell an uns: Wir brauchen weiteres Bauland! Hieran arbeiten wir derzeit sehr aktiv und werden Ihnen in Kürzung eine Möglichkeit dafür aufzeigen. Wir setzen weiter auf Wachstum!

Vom 1.11.2015 bis zum 31.10.2016 ist die Einwohnerzahl von 16.236 auf 17.075 hochgeschwungen. Dies ist innerhalb eines Jahres ein Plus von 839 Einwohnern. Hiervon sind jedoch die in Hövelhof gemeldeten 760 Flüchtlinge aus dem Lager Staumühle abzuziehen, so dass wir bereinigt derzeit über 16.315 Einwohner verfügen. Bereits jetzt haben wir daher die Prognosen, die das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik für das Jahr 2025 prognostiziert hat, fast erreicht.

Den guten Erträgen von insgesamt 32.955.805 Euro stehen jedoch Aufwendungen in Höhe von 34.635.164 gegenüber.

Darin enthalten ist wiederum die sozialistische Zwangsabgabe von 242.552 Euro, mit der wir weiter das Stadion von Rot-Weiß Essen finanzieren. Nachdem der Verfassungsgerichtshof dem Land den Freiraum für solche politischen Transaktionen eingeräumt hat, vertrauen wir nun auf die Weisheit der Richter am Bundesverfassungsgericht. Im Endeffekt geht es um die Auslegung des Artikels 28 des Grundgesetzes und die Frage: Wie hoch dürfen die Schranken sein, die der Gesetzgeber in den Weg der Selbstverwaltungsgarantie und damit der Finanzhoheit der Kommunen setzt. Persönlich würde ich die vom Land mit „Solidaritätsumlage“ titulierte Zwangsabgabe eher mit „klebrigen Fingern“ vergleichen und hoffe daher, dass dies vor Deutschlands höchstem

Gericht genau so gesehen wird. Ansonsten hoffen wir natürlich auch hier auf ein politisches Umdenken im kommenden Frühjahr.

Meine Schweigedemo aus dem Vorjahr hat nicht geholfen: **Die Kreisumlage mit insgesamt 12.579.478 Euro ist wieder der größte Finanzkiller unseres Haushaltes.** Dies sind 621.310 Euro Mehrbelastung gegenüber diesem Jahr. Bereits im vergangenen Jahr waren es zusätzliche 800.000 Euro. In den letzten 12 Jahren ist die Kreisumlage für Hövelhof um 6,23 Millionen Euro gestiegen! Dies ist gegenüber 2004 ein Plus von 98,7 %!

Insgesamt fordert der Kreis von allen 10 Kommunen über 16 Millionen Euro und damit 8,35 % mehr ein. Hier scheint inzwischen jegliches Maß verloren gegangen zu sein. Alle 10 Bürgermeister haben in einem gemeinsamen Schreiben dagegen deutlich ihre Stimme erhoben und das Benehmen verweigert. Insbesondere haben wir kritisiert, dass der Kreis im vergangenen Jahr mehr als 5 Millionen Euro an Überschüssen erwirtschaftet hat und diese nicht an die kreisangehörigen Kommunen zurückgibt, da er gleichzeitig die RWE-Aktien abwerten und die Überschüsse nicht in die Ausgleichsrücklage sondern in die allgemeine Rücklage legen musste. Er hat somit aufgrund seiner ungünstigen Kalkulation den Kommunen unnötige Liquidität entzogen, die er einbehält. Ein guter kommunalfreundlicher Kämmerer hätte dieses Geld bereits im vergangenen Jahr an die Kommunen zurückgezahlt und nicht seinen Wissensvorsprung ausgenutzt, um Kreismittel zu mehren. Im Übrigen haben wir bereits 2010 den Kreis aufgefordert, die RWE-Aktien zu verkaufen, was damals in einer Presserklärung vom Landrat als „Stammtischniveau“ abgetan wurde! Die Erfahrung hat gezeigt, dass man sich verkalkuliert hat, wofür wir jetzt mit unserem Geld bitter büßen müssen. Warum darf man dies nicht auch einmal ansprechen? Zumindest die Ausgleichrücklage des Kreises muss daher deutlich mehr ausspucken, als die lächerlichen 2 Millionen Euro.

Auch sind die freiwilligen Maßnahmen beim Kreis auf den Prüfstand zu stellen. Alle 10 Bürgermeister lehnen beispielsweise das Bildungsbüro ab, da wir keinen besonderen Mehrwert für die 18 Stellen verspüren. Lieber würden wir das Geld in Bildung vor Ort investieren, statt in teure Strategiepapiere. Doch dies und bleibt ist Angelegenheit des Kreistages: Bitte mehr Mäßigung zugunsten der dringend notwendigen Aufgaben vor Ort. Wir brauchen kein zusätzliches Kreishaus sondern Liquidität für Maßnahmen beim Ausbau von Kindergärten und Schulen!

Nach wie vor haben wir in diesem Land zu viele Verwaltungseinheiten, die sich jeder für sich selbst profilieren möchten. Das Denken „von oben nach unten“ ist immer noch in den Köpfen implementiert. Stattdessen müsste es heißen „von unten nach oben“. Nur dort, wo die Gemeinden alleine nicht in der Lage sind eine Aufgabe zu meistern, dürfte die nächste Einheit zuständig sein. Als Dienstleister für die Kommunen! Gemeinsam sollte man im Vorfeld die erforderlichen Maßnahmen absprechen, um in eine Richtung zu rudern. Mit guter Kommunikation wären alle, die in einem Boot sitzen auch bereit die gleiche Richtung anzuvisieren. Ist dies nicht der Fall und wird den Ruderern vom Steuermann gar das Brot geschmälert, kommt es zur Meuterei, bei der alle Beteiligten seekrank werden.

Jetzt haben wir lediglich die kleine Wahl bei den zu singenden Seemannsliedern: Entweder: „Wir lieben die Stürme die sausenden Wogen, der eiskalten Winde, raues Gesicht“ oder: „Seemann, lass das träumen“!

Ein Appel allerdings gilt auch dem Gesetzgeber, der durch seine neuen Vorschriften enorm zur erhöhten Landschaftsumlage beigetragen hat: Nicht jedem Schrei der Wohlfahrtsverbände ist Folge zu leisten! Und wenn dann bitteschön: Zu Lasten der eigenen Bundes- und Landeskassen. Und nicht auf Umwegen uns schröpfen! Allein das Bundesteilhabegesetz kostet den LWL in den nächsten drei Jahren 10,1 Millionen Euro zusätzlich. Das Pflegestärkungsgesetz soll angeblich im nächsten Jahr sogar 22,3 Millionen Euro mehr Kosten verursachen, wobei der Bund von einer Entlastung in gleicher Höhe ausgeht. Nach den starken kommunalen Protesten will der LWL jetzt zunächst auf 15,3 Millionen Euro runter gehen, wobei auch dies sehr kommunalunfreundlich geschätzt zu sein scheint. Sollte am Ende was überbleiben, kann man das Geld ja immer noch einsacken, wie uns der Kreis im vergangenen Jahr ja gezeigt hat.

Da die Fallzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung weiter ansteigen werden, bedarf es hier dringend einer Neuregelung, die diese sozialen Leistungen direkt aus der Bundeskasse finanzieren lässt. Die Frage ist nach wie vor, ob wir den LWL, den es in dieser Form nur in NRW gibt, überhaupt brauchen oder ob diese Aufgaben nicht besser auf anderer Ebene erledigt werden. Wie gesagt: Je mehr Verwaltungseinheiten, umso mehr zusätzlichen Selbstverwirklichungsbedarf.

Ich kann nur hoffen, dass sich dort im kommenden Frühjahr etwas tut. 2005 hatte man ja bereits einmal gute Ideen, um bestimmte Ebenen zusammenzufassen. Leider hat man dies damals zunächst auf 2012 verschoben und dann auf Eis gelegt. Irgendwann kehrt sicher auch hier die Weisheit zurück.

In den letzten 15 Jahren wurden von der Gemeinde Hövelhof keine Kredite mehr aufgenommen. Alle bislang getätigten Investitionen konnten durch laufende Mittel finanziert werden. Unsere Gebäude sind trotzdem auf Vordermann! Über 7 Millionen Euro an Krediten wurden darüber hinaus abgebaut, so dass von ehemals 10 Millionen Euro Schulden nur noch 2,8 Millionen Euro verblieben sind. Wir haben nie mehr ausgegeben, als wir hatten und notfalls auch einmal das ein oder andre Wünschenswerte und teilweise auch Notwendige verschoben. Doch nun möchte uns das Land wieder in eine Neuverschuldung treiben: Man nennt es „Schule 2020“ und verspricht uns 609.725 Euro. Dieses Geld soll allerdings als Kredit veranschlagt werden. Tilgung und Zins übernimmt das Land. Was für ein Taschenspielertrick: Um vor den Landtagswahlen mit Wohltaten zu glänzen, werden alle Kommunen zu neuen Schulden gezwungen, während das Land seine Neuverschuldung nicht erhöht. Gleichzeitig haben die nächsten Politikergenerationen die Schulden zu tilgen.

1. Warum veranschlagt das Land nicht die Kredite auf seinem Konto und zahlt den Betrag als Zuschuss?

2. Warum möchte das Land, dass wir den zur Verfügung gestellten Betrag als Kredit ausweisen und nicht als „Erhaltene Anzahlungen“ gem. § 41 Abs. 4 Nr. 4.8 GemHVO NRW?
3. Warum werden die Beträge nach einem Maßstab berechnet, der wiederum Kommunen wie Hövelhof, die keinerlei Schlüsselzuweisungen bekommen, bestraft und nicht schlicht und ergreifend nach Schüleraufkommen?

Ich tue mich daher sehr schwer damit, diese Kredite aufzunehmen, da es letztlich auch Gelder sind, die uns zuvor durch die sozialistische Zwangsabgabe entzogen wurden. Fragt man jedoch einen privaten Häuslebauer, ob er bereit wäre, sich zu Lasten eines anderen Tilgungszahlers zu verschulden, wird er wohl einwilligen. Wenn wir daher die Beträge annehmen, dann sollten wir gleichzeitig bei nächster Gelegenheit eine Sondertilgung in gleicher Höhe für unsere eigenen Kredite vornehmen, um unter dem Strich nicht eine höhere Schuldensumme ausweisen zu müssen. Dann hätten tatsächlich wir doch noch etwas von dieser merkwürdigen Vorgehensweise.

Insgesamt haben wir im Ergebnishaushalt unser geplantes Gesamtdefizit für das kommende Jahr auf 1,679 Mio. Euro festgesetzt, so dass der Haushaltsausgleich wiederum nur durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichrücklage möglich ist.

Steuer- und Gebührenerhöhungen sind nicht geplant. Die bereits beschlossene Neuregelung der Abfallgebührensatzung bleibt hiervon unbenommen. Die Zahl der Planstellen bleibt konstant.

Bei den Investitionen steht im kommenden Jahr insbesondere der Bildungsbereich im Vordergrund:

- An der **Kirchschule** werden wir den bereits längere Zeit versprochenen **Umbau der Hausmeisterwohnung**, die zum 31.03.2017 endlich frei wird, durchführen. Für die Herrichtung von Ruheräumen im Erdgeschoss sind 120.000 Euro eingeplant. Gleichzeitig soll über eine Elternbefragung an einem bedarfsgerechteren Angebot gestrickt werden. Nicht nur OGS an 5 Tagen bis 16 Uhr sondern auch Betreuungsangebote bis 13 und 14 Uhr werden gewünscht. Auch soll in Abstimmung mit der Schulleitung geprüft werden, ob nicht Klassenräume zusätzlich im Nachmittagsbereich genutzt werden können. Dies führt sicher zu einer Entlastung der Raumsituation. Hinsichtlich der vom Land geforderten Beitragsstaffelung für die Elternbeiträge empfehlen wir, zunächst die bewährte Staffelung der Stadt Paderborn zu übernehmen.
- An der **Kirchschule soll auch der Schulhof** neu gestaltet werden, da sich der rein naturnahe Schulhof nicht bewährt hat. 15.000 Euro sind dafür vorgesehen.
- Die Zahl der Kinder für die Betreuungsangebote an der **Mühlenschule** steigt ebenfalls kontinuierlich an, so dass hier der **Bau einer Mensa** für 736.000 Euro nunmehr

unentbehrlich wird. Durch die weitere Wohnbauentwicklung wird der Bedarf an Schulräumen hier in den nächsten Jahren genauer zu beobachten sein.

- Unter starker Elternbeteiligung soll der **Schulhof an der Furlbachschule** erweitert werden. Durch die Eigenleistungen kann der gemeindliche Beitrag auf 10.000 Euro begrenzt werden.
- Der Parkdruck an der **Furlbachschule** ist in der Vergangenheit immer größer geworden. Die Gemeinde hat daher ein anliegendes Grundstück erworben, auf dem im kommenden Jahr ein **Parkplatz** zum Preis von 75.000 Euro errichtet werden soll.
- Das **Aula-Dach in der Krollbachschule** ist undicht und auf Dauer sicherheitsgefährdend. Die in diesem Jahr noch aufgeschobene Maßnahme steht 2017 dringend an. Die Pläne mit gleichzeitiger Umstrukturierung für eine multifunktionale Nutzung der Aula (u.a. durch das Blasorchester) wurden bereits vorgestellt. Hierfür sind 950.000 Euro vorgesehen.
- Für die **Realschule** soll ein weiteres **Whiteboard** angeschafft werden und als weiterer Baustein unseres **Klimaschutzkonzeptes** Mahnhafen für 20.100 Euro durchgeführt werden.
- Im **Kindergarten Klausheide** soll im kommenden Jahr der Durchgang zwischen den beiden Gebäudeteilen geschlossen und ein Mitarbeiterbüro eingebaut werden. Die veranschlagten Kosten hierfür liegen bei 150.000 Euro.
- Im Rahmen unseres Spielplatzkonzeptes ist geplant, den Spielplatz Gartenstraße aufzugeben und dafür den **Spielplatz Herman-Löns-Platz** unter Beteiligung der Bevölkerung neu zu gestalten. Dafür sind 50.000 Euro vorgesehen.
- Lange haben wir darauf gewartet: Seit 2010 klafft über die Ems an der **Junkernallee** eine Lücke, wo sonst stand eine Brücke. Nachdem wir die alte Strecke nicht mehr nutzen dürfen, wurde die frühere Wegeparzellierung neu ausgemessen und markiert. Nach einigen Rechtsstreitigkeiten sollen im nächsten Jahren der Weg und eine neue Brücke über die Ems führen. Wer A sagt muss auch B sagen: Jetzt gilt es 270.000 Euro für **Brücke und Wegebefestigung** in die Hand zu nehmen, um eine der schönsten Fahrrad- und Wanderstrecken durch den Wald wieder erlebbar zu machen. Dort wo über 200 Jahre die Menschen den Weg von Riege nach Hövelhof fanden, werden sie ihn zukünftig wieder gehen können.
- Nach dem die Erschließungsarbeiten für das neue Baugebiet Staumühler Straße abgeschlossen sein werden, ist nächstes Jahr noch der **Parkplatz für das Heimathaus** zu erstellen. Endlich werden die Seitenstraßen nicht mehr zugeparkt. Insbesondere ältere Menschen haben den kürzesten Weg zu den dortigen Veranstaltungen des

plattdeutschen Kreises. 120.000 Euro sind hierfür eingeplant.

- Der neue **Parkplatz für die Feuerwehr** soll für 50.000 Euro errichtet werden.
- An Straßenmaßnahmen sind die Endausbauten eines Teilstückes am **Alkenbrink** (75.000 Euro) und **Apelteich** (62.000 Euro) geplant, die sich beide in einem katastrophalen Zustand befinden.
- Das **Ortskernkonzept** verschlingt bei 1.660.750 Euro. Demgegenüber stehen Zuwendungen in Höhe von 1.162.425 €, so dass unter dem Strich 498.325 Euro verbleiben. Die Maßnahmen dafür sind bekannt und bereits beschlossen. Nächstes Jahr stehen insbesondere das zweite Teilstück des Henkenplatzes und der Büchereineubau an. Schloßgarten und Kulturscheune folgen im darauffolgenden Jahr.
- Hinzuweisen bleibt noch, dass wir **pflegefreie Urnengräber** zukünftig auch auf dem alten Friedhofsteil anbieten möchten. Dafür sind 40.000 Euro eingeplant.

Insgesamt belaufen sich die Investitionen auf fast 7 Mio. Euro, bei investiven Einzahlungen von rund 5,64 Mio. Euro! Demgegenüber stehen Einzahlungen in Höhe von 3,46 Mio. Euro, was saldiert 2,18 Mio. Euro an Investitionen aus gemeindlicher Kasse bedeuten.

Bereit in Vorjahren eingeplant und noch nicht verwirklicht sind weiterhin folgende Maßnahmen:

Hochwasserschutz: Insgesamt sind kommendes Jahr hierfür 2,6 Mio. Euro vorgesehen, wobei es eine Förderung von 2,3 Mio. Euro geben wird. Durch ein europaweites Ausschreibungsverfahren für die Planungsleistungen hat sich der Beginn enorm verzögert. Geplant ist nunmehr im kommenden Sommer mit dem Bau des Hochwasserbeckens zwischen Sennestraße und Staumühler Straße zu starten. Anschließend sollen die Krollbach-Renaturierung im Hasendorf und ein weiteres Becken in der Moosheide am Sandfangteich folgen.

Ortsdurchfahrt Hövelriege: Hier läuft weiterhin das Zuschussverfahren. Die Förderung ist in Aussicht gestellt, eine Nachplanung gefordert. Wir hatten für 2016 bei 480.000 Euro Gesamtkosten eine Förderung von 173.690 Euro eingeplant.

Bürgeradweg Espeln: Auch hier ist die Zuwendung in Aussicht gestellt. Bereits für das Haushaltsjahr 2015 hatten wir zu den geplanten Gesamtkosten von 210.000 Euro wird eine Förderung von 119.000 Euro erwartet. Wir gehen nunmehr für das Jahr 2017 von einer Durchführung der Maßnahme aus.

Meine Damen und Herren!

Bitte sehen Sie mir es nach, wenn ich die ein oder andere politische Spitze mit in die Haushaltsrede eingearbeitet habe. Ein wenig Salz gehört einfach in die Suppe. Nichts ist persönlich gemeint. Schließlich haben wir alle einen Eid auf das Wohl der Gemeinde Hövelhof geschworen und sollten in erster Linie um die Zukunft unserer Heimatgemeinde kämpfen:

So, wie es bereits unsere Vorfahren getan haben, als sie Hövelhof urbar machten! Wir sind ihnen verpflichtet. Insbesondere aber der heutigen und zukünftigen Generation!

Bleiben wir ein gallisches Dorf! Bleiben wir echte Senner!

Herzlichen Dank!